
40 Jahre 1968 – Zurück in die Zukunft?

Matthias Kutsch

Die Studentenbewegung von 1968 und ihre Folgen kannte ich lange nur aus den Geschichtsbüchern. Schließlich dauerte es 1968 noch fünfzehn Jahre, bis ich das Licht der Welt erblickte. Heute habe ich ein umfassenderes Bild über die 68er, ihre Ziele, Methoden und Folgen. Dies liegt einerseits daran, dass bereits einige Monate und Jahre vor dem vierzigsten Geburtstag in diesem Jahr viele Anstrengungen seitens Studentengruppen und Parteien unternommen wurden, um 2008 eine ordentliche Geburtstagsfeier zu veranstalten. Diese Jubiläumsvorbereitungen und die „Feierlichkeiten“ selbst habe ich sowohl an meiner Alma Mater, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, als auch an verschiedenen anderen deutschen Hochschulen als Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hautnah miterlebt. Andererseits hatte ich in dieser Zeit die Gelegenheit, mit vielen 68ern zu sprechen und sie zu erleben. Dies umfasst auch die „anderen 68er“ (wie z. B. Wulf Schönbohm, Wolfgang von Geldern, Gerd Langguth, Ruprecht Polenz, Peter Radunski, Friedrich Bohl, Elmar Brok, Georg Milbradt und Edmund Stoiber), die damals als RCDS-Mitglieder jenseits der Barrikaden standen. Das betrifft aber auch die 68er, die diesseits der Barrikaden kämpften und für die Ereignisse verantwortlich waren. So konnte ich mir beispielsweise ein genaues Bild des Alt-68ers und Ex-Kommunarden Rainer Langhans machen, mit dem ich am 21. Februar 2008 bei einer Talksendung des Fernsehsenders n-tv diskutierte. Allein an seinem Auftreten mit langem weißen Gewand – so stelle ich mir

den Guru einer Sekte vor – konnte ich erahnen, was in der Diskussion auf mich zukommen würde. Auch heute ist diese Identifikationsfigur der 68er und Spontis noch nicht vom damaligen Lebensmodell abgerückt und lebt in München in einem „Harem“. Darin sieht er keine moralischen Probleme. Hingegen empfand ich nicht nur sein Menschenbild als antiquiert und äußerst fragwürdig. Ein geläuterter 68er sieht anders aus.

Diese Erfahrungen spornten mich an, mehr über die 68er-Bewegung zu erfahren und sie mit der heutigen Studentengeneration zu vergleichen. Im Folgenden werde ich daher zunächst auf die aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen (insbesondere der letzten fünf Jahre) eingehen. Das schließt Veränderungen an den Hochschulen genauso ein wie Prozesse und Aktionen, die von ihnen ausgingen. An ausgewählten Beispielen soll auch der Bogen von der Studentenbewegung und dem SDS der 1960er Jahre bis heute gespannt werden. Eine zentrale Rolle kommt sodann der Betrachtung der Studenten zu, die im politischen Spektrum links einzuordnen sind. Im Mittelpunkt steht also die Hochschule und ihre Studenten im Kontext von „40 Jahren 1968“. Dabei will der Verfasser bewusst einen Beitrag dazu leisten, die glorifizierenden 68er-Mythen und verklärenden Ikonisierungen von Dutschke & Co. zu entzaubern. Abschließend werde ich das 68er-Erbe und den für unsere heutige Gesellschaft relevanten Umgang mit ihm thematisieren und bewerten.

Hochschulpolitik heute

Die hochschulpolitische Situation von heute ist mit der vor vierzig Jahren teilweise zu vergleichen. Neben den erfreulichen Unterschieden gibt es aber auch erstaunliche Parallelen. Die deutschen Hochschulen befinden sich zur-

zeit in der größten Veränderungsphase seit den Reformen der 1960er und 1970er Jahre. In den vergangenen fünf Jahren standen vor allem drei Themen ganz oben auf der Tagesordnung der Hochschulpolitik in Deutschland: die Umsetzung des so genannten Bologna-Prozesses (mit der Umstellung der bisherigen Magister- und Diplomabschlüsse auf die konsekutiven Abschlüsse Bachelor und Master), die Einführung von Studienbeiträgen in einigen Bundesländern und diverse Landeshochschulgesetze, die den Hochschulen mehr Autonomie und Freiheit (etwa beim eigenständigen Hochschulzugangsverfahren) einräumten. Die zuletzt genannte Reform wurde mehrheitlich begrüßt, da nun (endlich) auch ein Wettbewerb unter den Hochschulen um die besten Dozenten und Studenten begonnen hat. Das hat den Vorteil, dass sich sowohl Bewerber auf Studienplätze oder Lehrstühle an ihrer Leistung messen lassen müssen als auch die Hochschulen in Bezug auf ihre Forschungs-, Lehr- und Studienbedingungen kritischer beäugt werden. Man kann förmlich spüren, wie veraltete und verkrustete Strukturen aufbrechen und ein frischer Wind durch die Hochschulen weht. Allerdings kann von Harmonie an den Hochschulen keine Rede sein, denn die anderen beiden großen Reformen werden sehr kontrovers diskutiert. Beim Bologna-Prozess gab es weniger Dissens hinsichtlich des Reformziels (nämlich die Studienabschlüsse international vergleichbarer zu machen), sondern vielmehr hinsichtlich der vielerorts mangelhaften Umsetzung. Diese führte zu schwierigen bzw. schlechten Übergängen von Bachelor auf Master, weniger Mobilität (gerade bei Auslandsaufenthalten) und einer deutlichen Unsicherheit innerhalb der Studentenschaft. Das Streitthema Nummer 1 an den Hochschulen ist jedoch nach wie vor die Einführung von Studienbeiträgen bzw. Studiengebühren¹.

Bei der Debatte um Studiengebühren brachen die alten Gräben wieder auf und es wurde unter den Studenten und

darüber hinaus leidenschaftlich diskutiert und sehr ideologisch argumentiert. Man konnte meinen, es gehe um Leben und Tod. Ich musste feststellen: Wenn es ums Geld geht, erwachen Ideologien urplötzlich aus ihrem Dornröschenschlaf. Ich hatte den Eindruck, dass all jene Studenten, welche der 68er-Bewegung sehnsüchtig nachtrauerten, endlich wieder eine Spielwiese gefunden hatten, auf der sie sich austoben können. Endlich wieder Widerstand leisten! Endlich wieder dagegen sein! Endlich wieder frei sein! Diese Trias und Klimax wurde in linken „Aktionsbündnissen gegen Studiengebühren“ an den Hochschulen suggeriert.

Heidelberg war früher ein „heißes Pflaster“ und eine Hochburg des linken Studentenprotests. Also versuchten links eingestellte Studenten knapp vierzig Jahre später, die schwach brennende Protestflamme zu einem neuen Flächenbrand zu entfachen. Den Drahtziehern war klar: Widerstand dürfe nicht nur bloßer Widerstand sein, sondern müsse zum „Event“ werden. Daher veranstalteten verschiedene Anti-Studiengebühren-Gruppen im Sommersemester 2005 den bundesweiten „Summer of Resistance“. In Heidelberg wurde dadurch die Wiese im Innenhof der Marstall-Mensa zu einem Zeltplatz mit dem Namen „Summer Camp of Resistance“ umfunktioniert. Ein Hauch von 68 wehte über den Campus. Allerdings heißen diese studentischen Zusammenkünfte heute nicht mehr Teach-ins, sondern Vollversammlungen und finden auch nicht mehr in restlos überfüllten Hörsälen statt. Dass diese Treffen auch heute noch keine Legitimationsbasis besitzen, um die Meinung der gesamten Studentenschaft zu vertreten, will einigen Kommilitonen jedoch beim besten Willen nicht einleuchten. Dennoch wird nicht selten versucht, mit dem Votum von weniger als einem Prozent der Studenten für alle sprechen zu wollen. Willkommen in der lupenreinen Demokratie Absurdistan!

Als die schwarz-gelbe Landesregierung in Baden-Württemberg im Jahr 2005 die Einführung von Studiengebühren

(in Höhe von 500 Euro je Semester) zum Sommersemester 2007 durchsetzte, war der Gegenwind für den RCDS an den Hochschulen sehr rau. Damals war es noch gar nicht so lange her, dass sich der RCDS mehrheitlich für „sozialverträgliche Studienbeiträge, die zu hundert Prozent in die Verbesserung der Lehrbedingungen fließen müssen“², ausgesprochen hat. Dennoch galt der RCDS nun bei vielen Kommilitonen als verlängerter Arm der CDU-geführten Landesregierung an den Hochschulen. RCDS-Mitglieder hatten zu dieser Zeit einen schweren Stand an der Hochschule. Sie verteidigten tapfer die für jeden Studenten – mit Ausnahme derer, die mit reichen Eltern ausgestattet sind – finanziell schmerzhafteste Entscheidung. Wer zahlt morgen schon gerne für etwas, das gestern noch kostenlos war? Mit vielen Info-Ständen und Diskussionsveranstaltungen warben wir aus Überzeugung um Akzeptanz der Studiengebühren. Die Begeisterung unter den Studenten hielt sich öffentlich in Grenzen. Offene Sympathiebekundungen hatten wir von unseren Kommilitonen auch nicht erwartet. Heimliche bzw. unausgesprochene Unterstützung gab es aber sehr wohl. Unvergessen bleibt mir ein Gespräch über Studiengebühren, das ein Juso- und SPD-Mitglied mit mir auf dem Heidelberger Universitätsplatz führte. Unter vier Augen pflichtete mir der Kommilitone schließlich bei, dass die Studiengebühren absolut notwendig und sinnvoll seien und gestand mir gleichzeitig, dass er diese Auffassung in seinem politischen Umfeld nicht offen artikuliert. Diese seltenen Lichtblicke gehörten genauso zum hochschulpolitischen Alltag wie die gelegentlichen Schattenseiten. Als Heidelberger RCDS-Vorsitzender sah ich mich erwartungsgemäß auch persönlichen Anfeindungen wie „Reichenkind“ oder „Verräter“ ausgesetzt, um nur zwei sehr moderate Begriffe zu nennen. Mein Argument, selbst BAföG-Empfänger zu sein (um ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung bewarb ich mich erst später),

konnte oder wollte man mir einfach nicht abkaufen. Das ist das, was man wohl „Totschlagargument“ nennt. Die Reaktion war fast immer dieselbe. Auf ein ungläubiges Staunen folgte häufig die Frage, warum ich unter diesen Umständen denn nur für Studiengebühren eintreten könne und überhaupt RCDS-Mitglied sei. Meine Antwort war Konsens im RCDS Baden-Württemberg: Wenn wir schnelle und spürbare Verbesserungen der Lehre wollen, dann brauchen die Unis schnell Geld und angesichts leerer Staatskassen müssen eben auch die Studenten einen Beitrag – als solchen verstanden wir die Studiengebühren – leisten. Im gleichen Atemzug beharrten wir darauf, dass sich der Staat nicht aus seiner Verantwortung stiehlt. Diese Forderung vertraten wir als RCDS-Landesvorstand gegenüber allen führenden CDU-Landespolitikern mit Nachdruck. Die ohnehin sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit mit Wissenschaftsminister Prof. Peter Frankenberg bestätigte sich auch hier. In besonders guter Erinnerung ist mir ein Gespräch mit Ministerpräsident Günther Oettinger im Januar 2007 in der Villa Reitzenstein in Stuttgart geblieben. Dabei unterstützte er unsere Forderung, dass sich der Staat bei der Finanzierung der Hochschulen nicht zurückziehen dürfe, sondern in Zukunft noch mehr Geld in die Innovationschmieden des Landes investieren müsse. Er versprach uns, dass dies bis zum (voraussichtlichen) Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011 – und im Falle eines erneuten Wahlsieges auch darüber hinaus – so sein werde.

Während wir an konstruktiver Gestaltung der Reformprozesse in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik interessiert waren, beschränkten sich unsere (hochschul-) politischen Gegner in der Regel auf destruktive Aktionen. 1968 war es u. a. jene Forderung des SDS nach Hochschulreformen, welche die studentische Protestbewegung antrieb. Knapp vierzig Jahre später war es insbesondere der RCDS, der nach weit reichenden Bildungs- und Hochschulreformen

men verlangte und sich als Reform- und Innovationsmotor an den Hochschulen verstand. Für uns war es auch allerhöchste Zeit, dass das Aufbrechen der verkrusteten Hochschulstrukturen durch mehr Wettbewerb unter den Hochschulen und mehr Freiheit der einzelnen Hochschulen begann. Fast alle anderen hochschulpolitischen Gruppen – mit Ausnahme der Liberalen Hochschulgruppen – standen und stehen hier in Opposition zum RCDS. Man könnte es auch so formulieren: Heute sind die Linken die Konservativen – und zwar die Strukturkonservativen. Jedoch schloss dieser Strukturkonservatismus Kreativität nicht aus. Die Formen des Protests gegen Studiengebühren waren jedenfalls vielfältig. Teilweise wiederholten sie sich. So besetzten im Frühjahr 2006 Kölner Studenten das Uni-Rektorat, nachdem einige Kommilitonen bereits ein Jahr zuvor die Rektorate in Bielefeld, Freiburg und Paderborn wochenlang besetzt gehalten hatten und darin campierten. Rektoratsbesetzungen zählten „dabei fast schon zur akademischen Folklore“³, meinte eine *Spiegel*-Journalistin lapidar. Auch in Bochum und Bonn waren massive Störungen des Universitätsbetriebs durch linke Studenten zu verzeichnen. In Bochum sorgte vor allem die „Freie Uni Bochum“, ein vom linken AStA äußerst defizitär geführtes Studentencafé, regelmäßig für Schlagzeilen. Dieses wurde von den hiesigen Aktivisten als Treffpunkt und Planungszentrum des Widerstands genutzt. Bei einem Besuch einer Veranstaltung an der Ruhr-Universität Bochum wurde es mir von den dortigen RCDS-Kollegen als „linkes Widerstandsbiotop“ vorgestellt. Ein an der Fassade angebrachtes schwarz-weißes Plakat war bezeichnend. Darauf war eine junge Frau zu sehen, die den linken Arm mit einer geballten Faust nach oben streckt. Im Hintergrund links war die sozialistische Ausprägung eines Sterns zu sehen und darüber stand in großen Lettern: „Die fabelhafte Welt des Widerstands“.

In Nordrhein-Westfalen war der Protest deshalb vor Ort

so unmittelbar zu verspüren, weil die Hochschulen aufgrund des dortigen Hochschulfreiheitsgesetzes selbstständig über die Einführung von Studiengebühren und deren Höhe entscheiden konnten bzw. mussten. Der Anti-Studiengebühren-Protest kannte jedoch keine (Länder-) Grenzen. Zu Hochburgen des Widerstands wurden Hamburg und Hessen. Die sehr aggressive Stimmung der Studenten war überall kennzeichnend für die Proteste. Bei einer Anti-Studiengebühren-Demonstration am 28. Juni 2006 in Hamburg trugen Studenten ein Banner mit der Aufschrift „angriff! barrikaden! campus.guerilla!“ vor sich her.⁴ Besonders brisant war die Lage auch in Hessen. Dort fand der Protest im Sommersemester 2006 noch ganz andere Mittel und Wege. Nachdem der Widerstand gegen Studiengebühren an den Hochschulen nur bedingt auf fruchtbaren Boden fiel, verlagerte man die Bewegung im „Summer of Resistance reloaded“ vom Campus in die Stadt und schließlich auch auf die Autobahn. Beispielsweise eskalierte am 6. Juli 2006 eine Anti-Studiengebühren-Demonstration in Frankfurt am Main. Nach drei Sternmärschen auf den Opernplatz im Stadtzentrum zog die Protestmeute von der Bockenheimer Warte weiter durch die Straßen gen Uni-Campus im Norden der Stadt. Dabei kam es zu Flaschen- und Steinwürfen, Sachbeschädigungen (u. a. landeten zahlreiche Mülleimer und Baustellenabzäunungen auf der Straße) und massiven Verkehrsbehinderungen durch die (laut Polizeiangaben) rund 3.000 aus der ganzen Republik und teilweise sogar aus dem Ausland angereisten Schüler und Studenten. Trotz eines Großaufgebots an Polizeibeamten gelang es den Demonstranten, den Autobahnzubringer der A66 von Frankfurt nach Wiesbaden zu blockieren. Insgesamt 220 Teilnehmer dieser Protestaktion wurden festgenommen.⁵ Zu den Frankfurter Ereignissen hieß es in einem am Abend desselben Tages im Internet erschienenen *Spiegel*-Artikel: „Bei ihrem Ziel der Verhinderung von Stu-

diengebühren sind die protestierenden Studenten einig, die Wahl der Mittel ist umstritten. Manche ihrer Wortführer sind der Ansicht, dass angesichts der kompromisslosen Haltung der Landesregierungen fröhlicher, bunter Kreativprotest nicht ausreicht und härtere Aktionen her müssen.“⁶ Was das konkret bedeutete, wurde nicht nur an diesem Nachmittag deutlich.

Als nach der Einführung der Studiengebühren im Wintersemester 2006/2007 zum Boykott derselben aufgerufen wurde, beteiligte sich nur ein Bruchteil der Studenten an dieser Aktion. Statt die 500 Euro pro Semester an die Universitätskasse zu überweisen, sollte der Betrag auf ein von einem Rechtsanwalt treuhänderisch verwaltetes Boykott-Konto eingezahlt werden. Viele Hochschulen drohten bei Nichtbezahlung unmissverständlich mit Exmatrikulation. Dieses Risiko war selbst vielen der kritischsten Studiengebührenkritiker zu groß, so dass die Boykott-Aktion im Sande verlief. Einen Anteil daran hatte auch der RCDS, der bundesweit zum Boykott der Boykott-Aktion aufrief. Der RCDS Heidelberg bewertete die Aktion z. B. als „ideologischen Unsinn“ und empfahl den Kommilitonen eindringlich, sich nicht auf diesen „Kuhhandel“ einzulassen und stattdessen lieber über die sinnvolle Verwendung des vielen Geldes zu diskutieren.⁷ Dieser Appell fand bei der Studentenschaft bedeutend mehr Zustimmung als die Maßnahmen der Studiengebührengegner. Die Boykott-Aktion scheiterte letztlich klar.

Ein Mythos kehrt zurück – Die Neugründung des SDS

Der Ort ist nicht zufällig gewählt, das Datum auch nicht: Frankfurt am Main, 4. bis 6. Mai 2007. Es ist der Ort, an dem die kritische Frankfurter Schule ihren Ursprung hat. Es ist auch der Ort, an dem Andreas Baader und Gudrun

Ensslin im April 1968 in zwei Kaufhäusern Brand legten. Frankfurt: ein Ort, der für so manchen 68er Theorie und Praxis mustergültig vereint. An diesem Ort gründete sich am ersten Mai-Wochenende 2007 ein neuer und gleichzeitig altbekannter Hochschulverband: der SDS. Alter Wein in neuen Schläuchen? Nicht ganz, denn es ist nicht derselbe Verband, der sich 1970 selbst auflöste und deren Mitglieder danach teilweise in der (politischen) Versenkung verschwanden, teilweise (weitere) Irrwege gingen. Der neue trägt den Namen Die Linke.SDS und ist die Studentenorganisation der Linkspartei.PDS, wie sie damals noch Übergangsweise hieß.

Doch wie hat man sich die „Auferstehung aus Ruinen“ genau vorzustellen? Unter dem viel sagenden Motto „Die Verhältnisse zum Tanzen bringen – Für einen linken Studierendenverband“ trafen sich in Frankfurt insgesamt etwa hundert Gründungsgäste, darunter 49 Delegierte aus 34 Hochschulen. Mit von der Partie war auch der RCDS. Allerdings entschloss sich der RCDS-Bundesvorstand, keine Blumen, sondern mit Patrick Holtermann aus Osnabrück ein Mitglied des Politischen Beirats des RCDS-Bundesvorstandes zum Gründungskongress nach Frankfurt zu schicken. Durch mehrere Telefonate waren wir somit bestens über die Ereignisse an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität informiert. Im Prinzip existierte eine Standleitung zwischen der RCDS-Bundesgeschäftsstelle in Berlin und Frankfurt. Diese wurde nur durch einige Gespräche mit Journalisten unterbrochen. Auch ein *dpa*-Redakteur rief bei mir an, um von der Gründung der PDS-Nachwuchsorganisation zu erfahren.

Neben einigen Grußworten und Gastvorträgen (u. a. von den beiden Bundestagsabgeordneten Katja Kipping und Klaus Ernst, dem Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe oder dem GEW-Funktionär Andreas Keller) standen vor allem die Diskussionen über Name, Programm und Sat-

zung des neuen Verbands auf der Tagesordnung. Auf eine Satzung konnte man sich aufgrund von weitschweifigen Diskussionen zunächst nicht einigen und beschloss daher, diese Frage in Arbeitsgemeinschaften zu klären. Einigkeit herrschte hingegen schnell bei der Stoßrichtung des Programms: es bekam eine eindeutig marxistische Ausrichtung. Der 5. Mai 2007 war passend dazu der 189. Geburtstag von Karl Marx. Die Diskussion war auch hier facettenreich, inhaltlich aber wenig kontrovers. So verständigte man sich beispielsweise auf folgende Aussage: „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Eine Änderung des Hochschulwesens mündet in eine Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung.“ Ziel sei der „radikale Kampf für die Demokratisierung der Hochschule mithilfe der marxistischen Theorie.“ Daher gelte es, „den Kapitalismus in seiner aktuellen Brutalität und Dekadenz zu geißeln.“

Nicht ganz so einmütig und harmonisch lief es hingegen bei der Suche nach einem geeigneten Namen ab. Vier Namensvorschläge kamen in die engere Auswahl: SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband), Linke.Campus, SDS.Linke Hochschulgruppen und SoHo (Sozialistischer Hochschulgruppenverband). Die Unterstützer des ersten Vorschlags gaben als Ziel die „Erneuerung und Fruchtbarkeit des linken Diskurses“ aus. Sie wollten „keine Kopien der Alten“ sein und stattdessen den „Aufbruch der studierenden Linken mit der marxistischen Theorie“ verkörpern und die Medienöffentlichkeit im Jubiläumsjahr 2008 suchen. Dennoch fühlte man sich der „parteilicheren Linken“ zugehörig. Den Unterstützern von Linke.Campus war wichtig, den Parteibezug im Namen zu tragen und sowohl als „ein Teil der neuen linken Partei“ als auch als „Multiplikator der Partei an den Hochschulen“ gesehen zu werden. Weiterhin wollte man an den Hochschulen „im Gegensatz zu den Jusos ernst genommen werden“. Auch beim dritten Namensvorschlag wurde der „Par-

teibezug als wesentliches Merkmal und Auszeichnung im Namen“ betrachtet. Des Weiteren wollte man als „Führer der antiautoritären Bewegung“ an die „größte sozialistische Bewegung an Hochschulen“ anknüpfen. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob SDS und Parteibezug im Namen einen Widerspruch darstellen. Die vierte Namensidee stellte einen Kompromissvorschlag dar. Mit dem Namen SoHo wollte man den „Weg der Mitte“ beschreiten und sah die Möglichkeit, „alle konkurrierenden Lager im kleinsten gemeinsamen Nenner zu einen“. Die Unterstützer dieses Vorschlags lehnten den Namen SDS als „falsch“ ab, da der mit dem Rückgriff auf den Namen des 68er-SDS verbundene Konservatismus dem neuen Verband nicht weiterhelfe. Soweit die grundsätzlichen Positionen. Die Gretchenfrage in der Geburtsstadt Goethes lautete also: Soll sich der neue Verband ganz offen auf den 68er-SDS beziehen? In der hitzigen und sehr intensiv geführten Diskussion erkannte man zwar an, dass der Name SDS „keine Dynamik im Osten“ Deutschlands entfalten würde und thematisierte auch die problematische Assoziation „SDS = Macho-Verband“. Dennoch war die Mehrheit der Diskutanten davon überzeugt, dass der Rückbezug mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt. „Auch schlechte Presse ist gute Presse – daher SDS“, lautete eine zusammenfassende Meinung pro SDS. Des Weiteren wolle man damit „das bürgerliche Lager provozieren“ und die „Verhältnisse wieder zum Tanzen bringen“. Was das bedeutet, kann sich jeder lebhaft vorstellen, der die Bilder der 1960er und 1970er Jahre im Gedächtnis hat. Es wurde auch betont: „2007 ist nicht 1968, aber 2008 oder 2009 könnten wieder 68er-Jahre werden.“ Ein Prozess müsse daher angestoßen werden, „der das klare Ziel der gesellschaftlichen Revolution verfolgt.“ Schließlich dürfe „ein neues 68 nicht zum Scheitern verdammt sein. Dieses Mal muss die heutige Demokratie gestürzt werden.“ Ein anderer Diskussionsteilnehmer

meinte: „Heute gibt es zwei Vietnams: Irak und Afghanistan. Heute gibt es also noch größere Möglichkeiten für eine sozialistische Bewegung.“ Man müsse nur die „Chancen nutzen“. Ferner wurde die Parole „Zurück in die Zukunft und aus Fehlern lernen!“ ausgegeben. Am Ende dieser Debatte brachte ein erstes Meinungsbild wenig Aufschluss. SDS und SDS.Linke Hochschulgruppen bekamen je dreizehn, Linke.Campus elf und SoHo zehn Stimmen. Anders ausgedrückt: 26:21 für SDS im Namen. Die Anti-SDS-Gruppe brachte nun einen neuen Namen ins Spiel, den ein älteres PDS-Mitglied vorgeschlagen hatte: Sozialistischer Hochschulbund Rosa Luxemburg. Die Entscheidung wurde auf Sonntag vertagt. Viele Diskussionen später lautete die Endabstimmung Die Linke.SDS gegen Sozialistischer Hochschulbund Rosa Luxemburg. 26:16 lautete das Ergebnis und das Kind hatte – nach einer schweren Geburt – nun auch einen Namen: Die Linke.SDS. Sowohl die Anhänger des klaren Parteibezugs im Namen als auch „konservative Rückbezügler“ und Epigonen der 68er-Revolution fanden sich im Namen wieder. Beide Hauptströmungen (Parteikader und Neo-68er) waren somit zufrieden. Mit der Wahl eines zehnköpfigen Vorstandes und zwei Geschäftsführern bekam der neue sozialistische Verband abschließend auch ein „menschliches Antlitz“.

Eines dieser zehn Bundesvorstandsmitglieder, der Marburger Kommilitone Jan Schalauske, äußerte sich zum Namensfindungsprozess ein knappes Jahr danach: „Mit der Namensgebung unseres Verbandes soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden: Zum einen eine Orientierung auf das Parteiprojekt der LINKEN und zum anderen eine Verortung in der Geschichte sozialistischer Organisierung an der Hochschule. Das Aufgreifen des Kürzels SDS soll Kontinuität und Erneuerung zugleich bedeuten. Als sozialistisch-demokratischer Studierendenverband verzichten wir bewusst auf ‚deutscher‘ und ‚Studentenbund‘, um deutlich

zu machen, dass wir an die linken Diskurse in diesen Bereichen anknüpfen wollen. In der Kontroverse um die Namensgebung waren sich eigentlich alle Beteiligten in einem positiven Bezug auf die 68er-Bewegung einig.“⁸ Den ersten Teil dieser Aussage konnte mir unser Augenzeuge – wie bereits geschildert – bestätigen. Bei der Beurteilung der 68er-Bewegung hingegen kann man schon ins Staunen kommen und kritisch fragen, wie der geneigte Leser die Passage „eigentlich alle Beteiligten“ verstehen soll. Da ich keinen Gedächtnisschwund vermute, muss es wohl an der verzerrten Selbstwahrnehmung des Marburger Kommilitonen nach nur einem Jahr Abstand liegen. Geschichtsklitterung kann man es auch nennen.

Jedenfalls hatte die Linkspartei.PDS nach monatelanger Diskussion im Vorfeld sowie stundenlanger und teilweise recht hitziger Debatte auf dem Kongress nun ihren eigenen Studentenverband. Nun war auch die fünfte Bundestagsfraktion an den deutschen Hochschulen angekommen. Doch was ist von diesem reanimierten SDS zu halten? Der RCDS gab sowohl am Tag vor dem Gründungskongress als auch einen Tag danach eine Pressemitteilung⁹ heraus. Der Titel am 7. Mai 2007 lautete: „PDS gründet eigenen ‚Hochschulverband‘ – Name: Die Linke.SDS“. Und in der Unterüberschrift teilten wir mit: „Trojanisches Pferd der Linkspartei. PDS – RCDS befürchtet zunehmende Radikalisierung an deutschen Hochschulen“. Zum Etikett meinten wir: „Der Name lässt tief blicken: Die Linke.SDS. 37 Jahre lang war der ‚alte‘ Dutschke-SDS klinisch tot (Selbstauflösung 1970). Nun holte ihn eine Hundertschaft linker Studenten aus der Mottenkiste der Geschichte und gliederte ‚ihren‘ SDS, dessen Namensvorbild einst den Weg weg von der SPD ging, brav ins Netzwerk der Linkspartei.PDS ein. ... Die Sprache des neuen ‚Hochschulverbandes‘ ist eindeutig. Schon im vorläufigen Programmwurf war die Rede von der ‚Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung‘ und von

„unserer Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft‘. Ein offener Brief forderte die ‚Verankerung marxistischer Theorie an den Hochschulen‘. Der Unterzeichnerkreis: das Who is Who des deutschen Postkommunismus, darunter viele Mandatsträger von Linkspartei.PDS und WASG.“ Und zu den Strippenziehern hinter den Kulissen schrieben wir: „Diese [die Linkspartei.PDS] steht als treibende Kraft hinter dem Projekt. Ihr Ziel: den neuen Verband als trojanisches Pferd im Innern der deutschen Hochschullandschaft zu nutzen. Unter dem Deckmantel eines von unten her gegründeten hochschulpolitischen Dachverbandes möchte sie verstärkt Einfluss auf junge Akademiker gewinnen. Angesichts der unfassbaren Ideologisierung von Lehre und Forschung im sozialistischen Funktionsgefüge ist dies eine höchst kritische Entwicklung.“ Meine Einschätzung als RCDS-Bundesvorsitzender war: „Die Linke.SDS soll der Fuß der PDS in der Tür der deutschen Hochschulen werden. Damit erreicht die Formierung der radikalen Linken an unseren Universitäten eine neue Dimension. Was es – auf häufig destruktive und manchmal sogar gewalttätige Art und Weise – bisher an linkem Aktionismus an unseren Hochschulen gab und gibt, erreicht nun einen ungekannten Organisationsgrad. Damit ist eine weitere Radikalisierung sehr kleiner, aber schriller Teile der Studentenschaft zu befürchten. Aus eigener Erfahrung in Heidelberg weiß ich, dass linke ‚Hochschulpolitik‘ oft kontraproduktiv und aggressiv ist. Als besonders beängstigend an der neuesten Entwicklung sehe ich die neuen finanziellen Möglichkeiten eines PDS-nahen Bundesverbandes. Radikale mit Geld sind zweifellos schlimmer als Radikale ohne Geld.“ Zur politischen Bedeutung erklärte ich: „Politisch – also mit Blick auf die aktuellen bildungs- und hochschulpolitischen Herausforderungen – ist die mit dem ‚alten‘ Dutschke-SDS kokettierende Neugründung ein Riesenschritt nach hinten. Inhaltlich ist von Leuten, die im Sozialismus die Zukunft sehen, nichts zu erwarten.“

Die Jugendorganisationen sind die Zukunft einer jeden Partei. Deshalb war für Benedikt Brunner, Johannes Schröder (meine beiden Kollegen im RCDS-Bundesvorstand) und mich klar, dass man den neuen SDS und seine Beziehung zur Mutterpartei PDS im Blick behalten muss. Aus diesem Grund sahen wir uns in der Pflicht, die Unionsparteien und die gesamte Öffentlichkeit über die Gründung von Die Linke.SDS zu informieren. Dies geschah neben unseren Pressemitteilungen und persönlichen Gesprächen auch mittels einer Handreichung, die ich u. a. zur nächsten Sitzung des CDU-Bundesvorstandes mitbrachte und die dort auch bei vielen Mitgliedern auf großes Interesse stieß. Darin zogen wir folgendes Fazit aus Sicht des RCDS: „Es bleibt festzuhalten, dass Die Linkspartei.PDS mit großem personellen wie finanziellen Kraftaufwand versucht, nun auch im Hochschulwesen Fuß zu fassen. Die Linke.SDS ist somit nichts anderes als ein trojanisches Pferd der Ex-DDR-Staatspartei im Hochschulsektor. Außerdem ist es ganz deutlich ein weiterer Versuch, die massive Überalterung der Partei und das regelrechte ‚Wegsterben‘ der Mitglieder zu kompensieren. ... Aus unserer Sicht ist zu hoffen, dass Die Linke.SDS so schnell wie möglich vom Verfassungsschutz unter Beobachtung genommen wird.“

Linke „Hochschulpolitik“ in der Praxis

Fortan berichtete ich regelmäßig in verschiedenen Kreisen über die aktuellen Aktivitäten, die an der Hochschule stattfanden oder von ihr ausgingen. Gesprächsstoff gab es reichlich, denn unter Hochschulpolitik verstanden nicht alle Hochschulpolitiker dasselbe. So beteiligten sich z. B. viele linke Studenten an den Demonstrationen und Protesten anlässlich des G8-Gipfels im Juni 2007 in Heiligendamm. Leider musste der RCDS aufgrund von fehlenden eigenen

Mehrheiten im Studentenparlament oder AStA beobachten, wie von vielen deutschen Universitäten aus Unsummen von staatlichem und studentischem Geld auf die Reise nach Mecklenburg-Vorpommern gingen. In dieser Zeit gab es zahlreiche AStA-Beschlüsse, welche linken Protestgruppen erlaubten, auf Kosten der Studentenschaft und des Steuerzahlers auf Reisen zu gehen. Der RCDS stand mit seiner massiven Kritik oft allein auf weiter Flur. Nur die Liberale Hochschulgruppe gesellte sich – wenn an der jeweiligen Hochschule vorhanden – hinzu. Die linken Mehrheiten in den studentischen Gremien wurden von Mitgliedern der Jusos und Grünen, teilweise auch schon von SDS-Mitgliedern und ansonsten von „neutralen“ Fachschaftsmitgliedern bis hin zu linksradikalen Studenten aus suspekten Splittergruppen gebildet. Die universitäre Kontrollfunktion wurde (trotz regelmäßiger Aufforderung durch den RCDS) nur unzureichend bis gar nicht wahrgenommen. Somit gleichen die Geldtöpfe der studentischen Selbstverwaltung, die an manchen Hochschulen mit mehr als einer halben Million Euro gefüllt sind, häufig einem Selbstbedienungsladen linker Aktivisten. Diese finanzierten sich nicht nur Reisen zu politischen Demonstrationen, sondern auch „Bildungsreisen“ in karibische Länder, die man sonst nur aus Reisebüro-Katalogen kennt.

Finanziell zweifelhafte Entscheidungen und Unregelmäßigkeiten scheinen bei linken AStA-Mehrheiten eine gewisse Tradition zu haben. Schon im Sommersemester 2005 war die linksdominierte Bonner Studentenvertretung (die Mehrheit im Studentenparlament setzte sich aus Jusos, Grünen und der „Liste undogmatischer StudentInnen“ zusammen) wegen ihrer Haushaltsführung massiv in die Kritik geraten. Die Bonner Ausgabe des *Express* machte am 7. Juni 2005 mit der Schlagzeile „Bonner AStA: Finanz-Chaos“ auf und stützte sich dabei auf einen „Geheimbericht des Landesrechnungshofes“. Der folgende Artikel

war mit „Sauhaufen AStA“ betitelt.¹⁰ Der Bonner *General-Anzeiger* und der *Kölner Stadt-Anzeiger* wiesen einen Tag später unisono auf die bevorstehende Insolvenz der Studentenvertretung hin.¹¹ Das Rechnungsprüfungsamt Köln, das die AStA-Kasse unter die Lupe genommen hatte, stellte schwere Mängel fest, die eindeutig auf Misswirtschaft, Geldverschwendung und Veruntreuung von sechsstelligen Beträgen hindeuteten. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass der RCDS Bonn die AStA-Haushaltsführung in den Jahren zuvor regelmäßig kritisiert und den Finanzplänen nie zugestimmt hatte. An diesem Beispiel lässt sich auch unschwer erkennen, warum der RCDS stets gegen ein allgemeinpolitisches AStA-Mandat eintrat und forderte, dass studentisches Geld auch an der Hochschule verbleiben und den Studenten zugute kommen müsse. Wenn dann tatsächlich Geld an der Hochschule zum Einsatz kam, wurde es häufig für fragwürdige AStA-Referate zweckentfremdet oder diente der Studienfinanzierung der dort angestellten studentischen AStA-Referenten, die sich im Mikrokosmos Uni vorzüglich eingerichtet hatten.

Was „nur“ nach friedlicher Geldverschwendung klingt, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass studentisches Geld auch bei linken Gewaltaktionen zum Einsatz kam. So wurde es eingesetzt, um überhaupt zu den Schauplätzen des Geschehens, wie z.B. nach Heiligendamm oder Rostock, zu kommen. Aus dem AStA wurde vielerorts ein Reisebüro, das Busse charterte und Wochenendausflüge an die Ostsee anbot. Die Buchung lautete dann: „Eine Urlaubsfahrt zur G8-Gegendemo auf Kosten der Allgemeinheit bitte!“ Ich bin mir sicher: Nicht wenige derer, die für die Krawalle und Ausschreitungen in Rostock verantwortlich waren, reisten mit Geld an, das ihnen weder gehörte noch zustand. Einige der Pflastersteinewerfer – die Bilder gingen um die Welt – bekannten auf linken Internetseiten, Mitglieder von Antifa oder DieLinke.SDS zu sein. Insofern

sahen wir unsere Forderung, der neue SDS sei ein Fall für den Verfassungsschutz, schnell untermauert.

Es passte ins Bild, dass sich zwar alle Parteien im Bundestag umgehend von der Gewalt in Rostock distanzieren, die Linkspartei.PDS aber den Ursprung der Gewalt von den G8-Gegnern auf die G8 und deren „strukturelle Gewalt“ (ein Begriff, der vom norwegischen Politikwissenschaftler Johan Galtung geprägt wurde) lenkte. Die entsprechende Pressemitteilung der Linkspartei.PDS vom 3. Juni 2007 trug den Titel: „G8-Demo großer Erfolg – Gewalt geht von G8 aus“. Als ich das las, fasste ich mir zunächst gedanklich an den Kopf und anschließend den Entschluss, einen offenen Brief an den Vorsitzenden der Linkspartei.PDS und seine Stellvertreterin, Lothar Bisky und Katja Kipping, zu schreiben. Diesen schickten wir am 4. Juni 2007 per Fax an das Karl-Liebknecht-Haus und veröffentlichten ihn auch als Pressemitteilung. Darin verurteilte ich die PDS-Haltung „auf das Schärfste, da sie die Realitäten völlig verkennt und zu weiterer Gewalt im Rahmen des G8-Gipfels anstachelt. ... Zwar lehnen Sie die Gewalt der Ausschreitungen in Rostock vom Samstag ‚entschieden ab‘, doch sorgen Sie mit Ihrer falschen Schuldzuweisung für eine neue Verhärtung der Fronten ... Daher fordere ich Sie umgehend auf: 1. Bekennen Sie sich zu Ihrer Mitschuld an den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Rostock. 2. Kommen Sie endlich Ihrer Pflicht nach und verurteilen Sie die linksradikale Gewaltanarchie. 3. Rufen Sie ausschließlich zu friedlichen Meinungsäußerungen auf, wie es sich für eine demokratische Partei gehört, die Sie sein wollen.“ Weiterhin stellte ich klar: „Der RCDS begrüßt alle friedlichen Meinungsäußerungen im Rahmen des G8-Gipfels. Denn für uns steht fest: Menschenrechte (wie das Recht auf freie Meinungsäußerung) dürfen keine unschuldigen Menschenleben aufs Spiel setzen. Jede Art von Gewalt ist mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu unterbinden. Der Gewalt darf

keine Chance gegeben werden. Friedliche Proteste sind immer willkommen – Gewalt dagegen nie, denn sie macht Gespräche unmöglich!“ Die Reaktion der Linkspartei.PDS fiel – wie erwartet – dürrtig aus. Noch am selben Abend schickte sie zwar ein Antwort-Fax, in dem sie aber dementierte, etwas mit der Gewalt in Rostock zu tun zu haben. Ich fragte mich, ob sie sich nicht (mehr) für ihren Zögling Die Linke.SDS verantwortlich fühlte. Oder wollte sie gar leugnen, dass SDS-Mitglieder an den Gewaltaktionen beteiligt waren?

Nach diesen Ereignissen war ich auf die weitere Entwicklung des neuen SDS gespannt. Wie hochschulpolitisch wird die zukünftige Hochschulpolitik von Die Linke.SDS sein? Um es gleich vorwegzunehmen: Der Trend zu mehr Allgemein- als Hochschulpolitik bestätigte sich. Hier eine kleine Übersicht der SDS-Aktionen im Wintersemester 2007/2008: In Göttingen fand in Zusammenarbeit mit Prof. Wolfgang Krumbein unter dem Titel „Spontaneität und Subversion. Die aktuelle Bedeutung politischer Debatten und Protestformen des SDS“ ein „Autonomes Seminar zur theoretischen Debatte im SDS“ statt (regulärer Scheinerwerb für das Hauptstudium inklusive).¹² Des Weiteren wurde eine Herbstakademie organisiert, die sich u. a. der „Analyse und Kritik des Kapitalismus“ sowie der „Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ widmete.¹³ Außerdem wurde für den Erhalt der kritischen Wissenschaft samt des „Lehrstuhls in der Tradition Wolfgang Abendroths“ am Institut für Politikwissenschaft in Marburg protestiert.¹⁴

In regelmäßigen Abständen und aus aktuellem Anlass (z. B. als flankierende Garnitur fremder Parteitage) kamen verschiedene Demonstrationen zu allgemeinpolitischen Themen hinzu. Thematischer Dauerbrenner waren die „Bundeswehr raus aus Afghanistan“-Proteste. Während der SDS die deutsche Aufbauhilfe in Afghanistan sofort beenden wollte und nach wie vor will, hatte ich am 17. Sep-

tember 2007 in Berlin die Gelegenheit, ein Gespräch mit Prof. Abdul Rahman Ashraf, dem Kanzler der Universität Kabul und persönlichen Seniorberater des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, zu führen. Ich wollte seine Meinung zu den konkreten Leistungen der Bundeswehr wissen. Besonders interessierte mich die Situation junger Menschen in Afghanistan. Er versicherte mir, dass die Bundeswehr einen „wichtigen Beitrag“ beim Wiederaufbau des Landes leiste und in der afghanischen Bevölkerung ein enorm hohes Ansehen genieße. Unter anderem trage sie ganz wesentlich zum Bildungszugang junger Menschen bei. So konnte z. B. der Schul- und Universitätsbetrieb wieder aufgenommen und Perspektiven für Schüler und Studenten geschaffen werden. Besonders Mädchen profitierten von dieser Entwicklung, da sie während der Taliban-Herrschaft keine Schulen besuchen durften. Ich glaube nicht, dass die protestierenden Studenten dies bei ihrer Betrachtung berücksichtigt haben.

Bundesweit konzentrierte sich die „Hochschulpolitik“ des SDS auf eine Kampagne zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – als Orientierungshilfe diente die Politik des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich während des Semesters zunächst theoretisch mit dieser Materie, um sich im Februar und März 2008 auf einer dreiwöchigen Delegationsreise ein eigenes Bild von der „bolivarianischen Revolution“ zu machen. Ein SDS-Faltblatt informierte im Nachgang über die Reise der 30 Studenten, „die unter der kritischen Solidarität den bolivarianischen Prozess besuchten“.¹⁵ Als Ergebnis hielt man fest: „Der politische Umwälzungsprozess in Venezuela verdient eine umfassende gesellschaftliche Analyse auch innerhalb der deutschen Linken. Er kann die Diskussionen um strategische Grundsatzfragen erheblich bereichern. Denn die ökonomische, politische und soziale Situation in Venezuela zu Anfang des Jahrhunderts haben

es ermöglicht, Grundsatzfragen bezüglich der Staatsorganisation und der ökonomischen und politischen Selbstverwaltung zu stellen und radikal neue Wege zu erproben.“¹⁶

„*Rudis Reste-Rampe*“

Im Mai 2007 wollte der neu gegründete Studentenverband Die Linke.SDS „die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ und im Mai 2008 durfte tatsächlich getanzt werden. „Im Mozart-Jahr der 68er“ (Benedikt Brunner) veranstaltete der neue SDS zusammen mit der Linksjugend [‘solid] eine große 68er-Jubiläumsfeier in Form eines Kongresses. Unter dem Motto „40 Jahre 1968 – Die letzte Schlacht gewinnen wir.“ versuchten Alt-68er und Epigonen, den Mythos von 1968 wieder heraufzubeschwören. Vom 2. bis 4. Mai 2008 glich die Berliner Humboldt-Universität daher einer großen 68er-Party. Auch wenn ich von meiner Überzeugung „nicht ganz“ dazu passte, mischte ich mich unter die Feiergemeinde. Mit Jeans und Strickjacke (dem Anlass angemessen gekleidet) stürzte ich mich ins 68er-Abenteuer. Nachdem ich die zehn Euro Tagungsbeitrag schweren Herzens entrichtet und mich (mit richtigem Namen) in die Teilnehmerliste eingetragen hatte, verschaffte ich mir einen Überblick.

Im Programmheft fand ich weitere interessante Informationen über das Selbstverständnis der beiden Organisatoren. Die Linksjugend [‘solid] beschrieb sich darin als „ein sozialistischer, antifaschistischer und feministischer Jugendverband. Es gibt uns, weil es genügend Gründe gibt, wütend zu sein ... Es gibt uns, weil wir diese gesellschaftlichen Verhältnisse nicht hinnehmen, weil wir grundlegende Veränderungen wollen – wir sind ein antikapitalistischer Jugendverband. ... Wir sind die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. ... Wir wissen, dass die Linke dann stark sein kann, wenn sie vereint ist: RadikaldemokratIn-

nen, KommunistInnen, SozialistInnen wie libertäre und ökologisch bewegte Linke.“¹⁷ Über Die Linke.SDS stand geschrieben: „Wir verstehen uns als sozialistischer Studierendenverband, der für eine radikale Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft und darüber hinaus für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse streitet. Wir stehen im kritisch-solidarischen Austausch mit der Partei DIE LINKE und wollen an die Tradition der Studierendenbewegung von 1968 sowie an die Arbeit des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes anknüpfen.“¹⁸

Dieser „Austausch“ wurde auf dem Kongress durch die große Präsenz von Abgeordneten dieser Partei zum Ausdruck gebracht. So waren einige Parlamentarier aus der Linke-Bundestagsfraktion (u. a. Nele Hirsch, Katja Kipping, Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Ulrich Maurer) anwesend. Die anderen beiden linken Parteien im Bundestag waren durch die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drophel und den Grünen-Abgeordneten Hans-Christian Ströbele vertreten. Darüber hinaus waren viele weitere Personen des öffentlichen Lebens, die im linken Spektrum Rang und Namen haben, als Referent oder Gast gekommen, um (mehrerlich) dem 68er-Geist zu huldigen. Darunter waren zahlreiche Autoren (u. a. Florence Hervé, Gisela Notz, Rüdiger Dannemann, Florian Havemann, Gerd Koenen) und Professoren (u. a. Elmar Altvater, Alex Callinicos, Alex Demirovic, Frank Deppe, Morus Markard, Klaus Meschkat, Wolf-Dieter Narr, Frieder Otto Wolf, Bodo Zeuner). Mit Eberhard Dähne und Kurt Neumann sowie Chela Vargas aus Venezuela und Alain Krivine aus Frankreich waren sowohl führende nationale als auch internationale Alt-68er anwesend.

Und so zog ich von Hörsaal zu Hörsaal, von einer Veranstaltung zur nächsten. Davon gab es wirklich zuhauf. In verschiedenen Themenblöcken (z. B. Demokratie, Imperialismus, Bildung, Gleichstellung und Befreiung, Kultur und Revolte, Kapitalismus oder Bewegung) wurden viele 68er-

Themen aufgegriffen und Folgen bzw. Perspektiven für die heutige Zeit diskutiert. Ich besuchte vor allem Veranstaltungen aus dem Themenblock „Bewegung“. So erlebte ich z. B., wie Klaus Meschkat und Hans-Christian Ströbele auf einem Podium zum Thema „Vom SDS zur RAF: Führte die APO zum Terrorismus?“ diskutierten. In diesem Hörsaal hing passend dazu ein weißes und in der Form eines Revolvers zugeschnittenes Banner mit dem Dutschke-Zitat „... daher muss jede REVOLUTION notwendigerweise GLOBAL sein.“ an der Wand. Die Wörter in Großbuchstaben waren in roter, die anderen in schwarzer Farbe. Während Meschkat über seine aktive SDS-Zeit berichten konnte, konzentrierte sich der Ex-RAF-Anwalt Ströbele, der selbst nie im SDS war, auf die 1970er Jahre. Beide stellten insbesondere die Erfolge der APO und die gesellschaftlichen Veränderungen der folgenden Jahre und Jahrzehnte heraus. Interessant wurde es bei der Bewertung des RAF-Terrorismus. Ströbele: „Von den mehr als 10.000 Aktivisten haben sich nur einige Dutzend dem militanten Block bzw. dem bewaffneten Kampf angeschlossen. Es war nicht *die* APO.“ Meschkat widersprach: „Es waren nicht nur ein Dutzend, sondern Tausende, die mindestens mit der RAF sympathisierten.“ Danach wurde es demokratietheoretisch. Meschkat erklärte, dass er aus den Grünen ausgetreten sei. Applaus. Daran anschließend bekannte er, die Linke zu wählen. Erneut Applaus. Ferner empfahl er den jungen Menschen, sich bei Attac und in Sozialforen zu engagieren und begründete dies lapidar: „Parteien werden überschätzt. ... Außerdem bringen Wahlen nicht die notwendigen Veränderungen mit sich.“ Überraschenderweise pflichtete auch Ströbele, selbst immerhin Stellvertreter der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Meschkat bei: „Die Parteien werden's nicht richten – nicht die Grünen, nicht die Linke, auch nicht die SPD. Nur außerparlamentarische Revolten von der Straße können etwas bewirken. Sonst ist kein gesellschaftlicher Fortschritt durchsetzbar.“ Ich war

kurz davor, ihn aufzufordern, sein politisches Mandat niederzulegen, wenn er so wenig davon überzeugt ist, etwas für die Menschen bewirken zu können. Ich verzichtete aus ersichtlichen Gründen. Kurze Zeit später kam ich mit dem Mitschreiben fast nicht mehr hinterher. Das Publikum durfte mitdiskutieren. Darauf hatte ich gespannt gewartet. Die Diskussionsbeiträge waren sehr unterschiedlich und deckten eine bunte Themenpalette ab. Ein Kommilitone forderte: „Die Linke soll die Macht und die Regierung an sich reißen und später die Wohltaten von oben an die Bevölkerung herunterreichen.“ Eine Alt-68erin schwärmte von „damals“ und über ihre ehemalige Mitstreiterin Ulrike Meinhof berichtete sie, dass „die Ulrike auch in den feministischen Arbeitskreisen schon so zielstrebig“ gewesen sei. Ein Student erzählte einen Schwank aus Heiligendamm. Er kritisierte, dass es fast nur Diskussionen gab und sonst fast nichts passierte. Die „Aktionen“ der Demonstranten gingen ihm nicht weit genug und daher forderte er: „Wenn schon Gewalt, dann muss es sich auch lohnen!“ Eine Diskutantin beklagte, dass die Linke in den Medien sehr stark kriminalisiert werde und sagte wörtlich: „Punks und Antifa-Leute werden zu Unrecht kriminalisiert: sie werfen zwar Steine, aber keine Brocken.“

Auf dem Weg vom Institutsgebäude am Hegelplatz zum Hauptgebäude der Humboldt-Uni versuchten sich linke Splittergruppen als Trittbrettfahrer. So reichte mir eine Frau die aktuelle Ausgabe der Zeitung *Spartakist*, die vom Zentralkomitee der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands herausgegeben wird. Mein Augenmerk richtete sich aber schnell wieder auf die Wiese dahinter. Dort fand ein Workshop „Aktionstraining Ziviler Ungehorsam“ statt. Im Programmheft stand, dass „begrenzte Regelverletzung“ ein wichtiges Konzept der 68er-Bewegung gewesen sei, „das von einer langen Tradition Zivilen Ungehorsams beeinflusst war.“¹⁹

Im Editorial des Programmhefts hatten die Veranstalter als Kongressziel ausgegeben, dass sie „die Debatte von links besetzen und neue Perspektiven einbringen“²⁰ wollen. Viele neue Perspektiven konnte ich auf dem Kongress nicht erkennen. Zumeist handelte es sich um eine Rückbesinnung auf 1968. Es war der Versuch, eine neue Aufbruchstimmung zu erzeugen: „Packen wir es an, mal wieder, mit einem Blick zurück nach vorn.“²¹ Diese Zielsetzung gab der amtierende Bundesvorstand von Die Linke.SDS aus. Schon auf dem SDS-Neugründungskongress im Mai 2007 debattierten die anwesenden Studenten über eine Umbenennungsaktion „Marx statt Goethe“. So wollte man die Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität in Karl Marx-Universität umbenennen. Das sollte jedoch nur der Anfang sein. Später benannte man symbolisch mehrere deutsche Hochschulen in sozialistische oder marxistische Akteure um – auch eine Möglichkeit der Ikonisierung „linker Helden“. Wer alle Hochschulen ideologisch besetzen will, der muss sich den Vorwurf der Gleichschaltung von links gefallen lassen. Sollten die Gedanken nicht frei sein?

Als aktuelle Aufgabe hat sich Die Linke.SDS gesteckt, Marx neu zu entdecken und ihn mit einer „Kapitallesebewegung“ an die Unis zu bringen. Ich bezweifle, dass sich die Studenten von dieser Bewegung mitreißen lassen. Bereits in der Dezember-Ausgabe 2005 titelte der *Uni-Spiegel*: „Rudis Reste-Rampe. Warum der Asta seine besten Zeiten hinter sich hat“²². Dennoch wollen Dutschkes Söhne und Töchter leben wie damals: Flower Power, freie Liebe, protestieren von morgens bis abends und ein Hauch von Weltrevolution spüren. Das ist der romantisch-verklärende Traum vieler Neo-68er. Einziges Problem: die Zeiten haben sich geändert und Zeitmaschinen wurden noch nicht erfunden. So war ich auf dem Kongress umgeben von 68er-Verehrern und 68er-Verklärern, die sich nicht eingestehen wollten, dass 2008 nicht 1968 ist.

Hochschulen als Horte der Ikonisierung und Verklärung

Welches Fazit kann also vierzig Jahre nach 1968 gezogen werden? Die Februar-Ausgabe 2008 des *Uni-Spiegel* machte mit dem Titel auf: „Der Muff von 40 Jahren. 1968–2008: Was von der Studentenrevolte übrig blieb“²³. Mit Bezug auf die heutigen Studentenproteste schrieb das Studentenblatt: „Ho, Ho, Ho Tschì-minh!, ruft heute keiner mehr – doch die 68er geistern weiter durch die Universitäten.“²⁴ Und der Hauptartikel war überschrieben mit „Feindbild oder Vorbild“? Darunter stand: „Auch nach 40 Jahren wirkt überall an den deutschen Unis die Studentenrevolte von 1968 nach. Die heutigen Hochschüler erleben einen Umbruch, der den damaligen Veränderungen gleichkommt.“ Meine Wahrnehmung wurde in diesem Artikel mit den Worten zitiert: „Lebendig ist er noch, der Geist von 68, für mich sogar ein bisschen zu lebendig.“²⁵

Zwar ist 2008 nicht 1968, auch wenn uns das im Laufe des Jahres einige glauben machen wollten. Nicht nur die Zeit der „großen Studentenföhler“ ist vorbei, sondern auch der SDS von heute ist ein anderer als vor vierzig Jahren. Die bedeutende Rolle der Hochschulen für die Gesellschaft ist allerdings geblieben. Universitäten sind in einem gewissen Maße ein Brennglas der Gesellschaft. Daher sollte die Bevölkerung genau hinsehen, was an den höchsten Bildungseinrichtungen des Landes passiert. Hochschulen sind auch im Jahr 2008 Horte der Ikonisierung und Verklärung. Sogar mit der RAF wird partiell (immer noch) solidarisiert. So war beispielsweise die Jura-Doktorandin und Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel Mitglied im vom Verfassungsschutz beobachteten und als klar linksextrem eingeschätzten Verein „Rote Hilfe e.V.“. In einer Pressemitteilung forderte ich die damals erst seit kurzem amtierende Juso-Vorsitzende am 29. November 2007 zum Rücktritt auf. Begründung: „Eine RAF-Sympathisantin als Juso-Chefin, die

sich über ihre Mitgliedschaft in der ‚Roten Hilfe‘ offenkundig mit Terroristen solidarisiert, ist inakzeptabel! ... Ein einfacher Austritt Franziska Drohsels aus dem betreffenden Verein wäre Augenwischerei.“²⁶ Aber das geschah. Sie trat nicht zurück, aber aus dem Verein aus. In einer weiteren Pressemitteilung taten wir am 1. Dezember 2007 kund, dass uns dies nicht reichte: „Schließlich ist dieser Austritt erst auf politischen Druck hin erfolgt, nicht aus Überzeugung. Dass Franziska Drohsel erst jetzt und nicht schon viel früher ausgetreten ist, zeigt, wie schwer es ihr gefallen ist, von diesem zweifelhaften ‚Verein‘, seinen Protagonisten und ihren Inhalten Abstand zu nehmen. Ihr Verhalten ist absolut unglaublich! Deswegen erhalten wir unsere Forderung aufrecht: Franziska Drohsel muss von ihrem Amt als Juso-Bundesvorsitzende zurücktreten! Tut sie das nicht, dann muss sie von ihrem Verband ausgeschlossen werden. Genau wie wir Christdemokraten müssen auch die Sozialdemokraten jeder Form von politischem Extremismus eine klare Absage erteilen. Die schwachen Reaktionen der SPD-Führung und vor allem des Parteivorsitzenden Kurt Beck sind für jeden Demokraten ein Skandal. Bleibt Frau Drohsel das Aushängeschild des Juso-Bundesverbandes, so stellt das die demokratische Glaubwürdigkeit der gesamten deutschen Sozialdemokratie langfristig infrage.“²⁷ Ein knappes Jahr später schaute ich mir auf der Internet-Seite der Jusos eher zufällig die Themenschwerpunkte der Bundesvorstandsmitglieder an. Diese lassen tief blicken: Von insgesamt vierzehn Bundesvorstandsmitgliedern zählen immerhin fünf das Thema Rechtsextremismus zu ihren thematischen Schwerpunkten.²⁸ Das ist mehr als ein Drittel. Ich will das gar nicht schlecht reden, aber die Frage muss hier schon erlaubt sein, warum sich kein einziger mit dem Thema Linksextremismus befasst. Ist Linksextremismus kein Problem oder ist es für die Jusos einfach nicht existent? Und direkt im Anschluss daran komme ich zu der Fra-

ge: Sollte es nicht für jeden politisch engagierten Menschen, der auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, selbstverständlich sein, jede Form von Radikalismus und Extremismus abzulehnen und aktiv zu bekämpfen? Vermutlich fällt das Menschen, die rechts oder links der Mitte stehen, schwerer, jegliche Form von Extremismus zu bekämpfen. Das mag an der Blickrichtung liegen, denn nur, wer sich in der Mitte des politischen Spektrums befindet, hat einen genauso weiten Abstand zum rechten und zum linken Rand und kann sich daher von beiden Extremen gleich stark distanzieren und beide gleichermaßen bekämpfen.

Auch das ist eine Lehre von 1968 und den Folgen: Rechts- und Linksextremismus müssen gleichermaßen verurteilt und bekämpft werden. Es kann nicht sein, dass Parteien, die den demokratischen Sozialismus einführen wollen, nur zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufrufen. Dabei würden sie doch bei gründlicher Recherche ihrer eigenen (Verbands- bzw. Partei-) Vergangenheit darauf stoßen, dass in den 1960er Jahren innerhalb der Studentenbewegung auch ein linker Antisemitismus existierte. Wer politisch unverdächtige Zeitzeugen der damaligen Zeit befragt, bekommt erstaunliche Antworten. Im Rahmen einer einwöchigen Bildungsreise nach Israel hatte ich mit neun weiteren RCDS-Kollegen am 19. November 2007 in Tel Aviv die Gelegenheit, ein Gespräch mit Asher Ben Natan (von 1965 bis 1969 erster Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland) zu führen. In beeindruckender und tief bewegender Art und Weise erzählte er uns Auszüge aus seinem Leben. Dabei kam er auch auf seine Erfahrungen als Botschafter in Deutschland zu sprechen. Er schilderte uns, wie die damalige Situation an deutschen Hochschulen war und dass er die antisemitische und antiisraelische Stimmung innerhalb linker Studenten bei Diskussionsveranstaltungen an deutschen Hochschulen

deutlich zu spüren bekam. Von Aussöhnung oder Schuld-bewusstsein war bei diesen Studenten keine Spur. Fast schon verständlicherweise wollen die Alt-68er und ihre Nachkommen von diesem linken Antisemitismus der 1960er Jahre heute nichts mehr wissen.

Schließlich sind die Aktivisten von damals überwiegend resozialisiert und teilweise sogar mitten in der bundesrepublikanischen Demokratie angekommen. Da hüllt man lieber den Mantel des Schweigens über unliebsame Themen. Als Abgeordnete der SPD, Grünen oder Linkspartei sitzen sie im Deutschen Bundestag und anderen Parlamenten. In Hamburg hat sich inzwischen das erste schwarz-grüne Bündnis auf Landesebene gefunden. Aufgrund der bürgerlichen Entwicklung der Grünen und der (durch den Einzug der Linkspartei bedingten) politischen Veränderung hin zu einem Fünf-Fraktionen-System im Bundestag wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Grünen Koalitionspartner einer unionsgeführten Bundesregierung sein werden. Vorausgesetzt natürlich, sie öffnen sich nicht weiter einer Koalition mit der doppelten Nachfolgepartei der SED.

Das 68er-Erbe: Zur Kritik und Verantwortung verpflichtet

Viele der damaligen „Revoluzzer“ haben sich mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt identifiziert – einige vermutlich, ohne zu wissen, welche Diktaturen sich dahinter versteckten. Auch heute kokettieren viele Hochschulaktivisten mit solchen „Befreiern“. Heute heißen die Angebeteten nicht Mao oder Pol Pot, dafür Morales oder Chávez. Für die Menschen, die in diesen Ländern jeden Tag mühsam bestreiten müssen, ist die Solidarität mit den Verursachern ihrer Unfreiheit und Unterdrückung wie ein Schlag ins Gesicht. Menschenrechte werden dort Tag für Tag mit Füßen getreten, aber wen interessiert das schon? Hauptsache, die

Menschen leben in einem real existierenden Sozialismus. Alles andere scheint da eher zweitrangig zu sein.

Auch bei der heutigen Jugend gibt es noch einen Markt für den Che Guevara-Kult. Für viele Jugendliche ist es geradezu „in“, ein Che-Shirt oder eine entsprechende Fahne zu besitzen. In Berlin-Kreuzberg gibt es sogar ein Café „Che“. Hier darf man sich bei einer Tasse Kaffee wie ein „kleiner Revoluzzer“ fühlen. Als Massenmörder, der Che Guevara auch war, wird sich dabei keiner fühlen. Vom Leben und Wirken Che Guevaras wissen die heutigen Schüler und Studenten fast alle nichts. Aufklärung tut hier dringend Not! Als RCDS-Bundesvorstand haben wir daher die großartige Idee von Benedikt Brunner, die Ikone Che Guevara anzukratzen, mittels einer Plakatkampagne „Ciao, Guevara! Schau der Wahrheit ins Gesicht.“ in die Tat umgesetzt. Der Presse teilten wir beim Kampagnenstart am 18. Februar 2008 mit: „Wir wollen damit auf jene Seiten des Revolutionärs hinweisen, die alles andere als glorreich, friedliebend und menschenfreundlich waren. Denn leider kennen nur wenige diese negativen Seiten. Für die meisten war Ernesto Che Guevara ein romantischer Held, ein Träumer und Idealist. Gedruckt auf T-Shirts und in Jugendzimmer geklebt, passt er prima ins Bild einer sonnigen Karibikinsel, auf der niemand weggesperrt wird, auf der alle Menschen gleiche Lebenschancen haben und ständig Zigarre rauchen und tanzen. Nicht nur vor diesem Hintergrund ist der Mythos um Che Guevara blanker Zynismus.“²⁹

Jedoch ist es nicht die primäre Aufgabe eines Studentenverbandes, diese Aufklärung zu betreiben. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Medien einen stärkeren Beitrag hierzu leisten würden. Vor allem ist allerdings die Schule in der Pflicht, gegen die Ikonisierung von Massenmördern vorzugehen. Dabei darf der Unterricht im Fach Geschichte in der Oberstufe nicht bei der Gründung der Bundesrepublik und den Anfängen der Adenauer-Zeit aufhören. Unab-

hängig davon, wie die einzelnen Geschichte-Lehrpläne in den Ländern aussehen, de facto ist oft kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Schluss. Hier muss die Frage erlaubt sein, ob in der Oberstufe nicht eine stärkere Konzentration auf die fast 60-jährige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die Verflechtung globaler Ereignisse (z. B. Kalter Krieg) sinnvoll und notwendig ist. Dies schließt ohne jeden Zweifel mit ein, dass Geschichte den Schülern nicht als unendliche Geschichte der Zahlen und Fakten erzählt, sondern als Ursache-Wirkungs-Prozess erfahrbar gemacht wird. Geschichte ist nicht das Auswendiglernen von Chroniken oder das „Herunterbeten“ von Zahlen und Fakten, die am nächsten Tag schon wieder vergessen sind. Beim Verständnis von Geschichte geht es um das Verstehen von Zusammenhängen. Schließlich ist Geschichte ein nie abgeschlossener Prozess. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts liefert hier unglaublich viel Anschauungsmaterial: zwei Weltkriege mit verheerenden Folgen; zwei Diktaturen auf deutschem Boden, die zusammen mehr als die Hälfte des letzten Jahrhunderts auf schreckliche Art und Weise prägten; ein geteiltes Vaterland; ein Terrorismus, der die in Westdeutschland wieder gewonnenen freiheitlich-demokratischen Fundamente sprengen wollte; schließlich jene friedliche Revolution in Ostdeutschland, welche die Wiedervereinigung erst möglich gemacht hat. Ein vernünftiges Maß an geschichtlichem Wissen über das eigene Land sollte darum (spätestens) nach dem Schulabschluss vorhanden sein. In Zeiten einer sich immer schneller verändernden globalisierten Welt, in der sich nicht nur das Bildungs- und Wissenschaftssystem, sondern auch der Arbeitsmarkt immer stärker internationalisiert, ist eine gute Allgemeinbildung (gute Kenntnisse der Geschichte und Kultur des Heimatlandes eingeschlossen) unabdingbare Voraussetzung, um im interkulturellen Dialog mitreden zu können.

Kritische Urteilskraft ist also gefragt – gerade bei jungen Menschen. Nur wenn eine solche Fähigkeit vorhanden ist, kann der Versuchung von populistischen und extremistischen „Rattenfängern“ widerstanden werden. Daher dienen Mythen, wie auch der „Mythos 1968“, nicht zur pauschalen Verherrlichung und Selbsttäuschung. Vielmehr müssen sie einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Wer dies tut, wird zu dem Schluss kommen, dass es keine einseitige Betrachtung der Geschichte gibt. Keiner will den 68ern die gesellschaftspolitischen Erfolge absprechen, aber es gehört eben auch zur Wahrheit, dass 1968 nicht nur eine ideologische Einbahnstraße, sondern auch eine furchtbare Sackgasse in die Gewalt des RAF-Terrorismus war. Deshalb gilt es, immer beide Seiten im Blick zu haben, egal ob man diesseits oder jenseits der Barrikaden stand. Clais Baron von Mirbach, der Sohn des am 24. April 1975 in der deutschen Botschaft in Stockholm von der RAF ermordeten Diplomaten Andreas Baron von Mirbach, wurde in einem *FAZ*-Artikel treffend zitiert: „Ich bin sehr dafür, dass jeder seine Meinung öffentlich sagen darf, auch wenn sie abwegig ist. Das soll für jeden gelten, auch für die Mörder meines Vaters. Ich wünschte mir aber, dass die Öffentlichkeit solchen Selbstverklärungen und Verharmlosungen entschiedener entgegenrät. Rechtsradikalen Tätern ließe man derlei aus gutem Grund nicht durchgehen, Linksradikale umweht eine nicht gerechtfertigte Aura der Nachsicht und des Verständnisses. Auch rechtsradikale Täter versuchen, sich als Opfer zu gerieren; gleichwohl sind die Opfer andere, und sie sollten bei aller Täterfixiertheit nicht vergessen werden.“ Das Zitat war die Reaktion von Mirbachs auf öffentliche Äußerungen des ehemaligen RAF-Mitglieds Bernhard Rössner, er empfinde keine Reue.³⁰ Die Selbstverklärung einzelner ehemaliger Aktivisten ist nach wie vor inakzeptabel. Hier muss sich die Öffentlichkeit einmischen und kritisch zu Wort melden.

Letztlich kann es sich unsere Gesellschaft von heute nicht aussuchen. Das 68er-Erbe ist da und kann nicht einfach abgelehnt werden, sondern es bedarf eines kritischen und verantwortlichen Umgangs. Wie es Bernhard Vogel in seinem Vorwort sehr richtig formulierte, hat uns 1968 wachsam gemacht. Diese Wachsamkeit muss mit Verantwortungsbereitschaft einhergehen. Eine wachsame, kritische und verantwortungsvolle Gesellschaft muss sich daher bereits den Anfängen des rhetorischen Terrors geistiger Brandstifter widersetzen. Das gilt für alle Bereiche einer wehrhaften Demokratie. Der 68er-Mythos stellt hier ganz sicher keine Ausnahme dar. Zwar brennt der 68er-Zündstoff nicht mehr so gut, aber er brennt hin und wieder eben noch. Und diese Tatsache sollte doch zumindest zum Nachdenken anregen.

Anmerkungen

¹ Der Verfasser weiß um den inhaltlichen Unterschied der Begriffe „Studienbeiträge“ und „Studiengebühren“ und bedauert, dass sich zweiter in der öffentlichen Debatte durchgesetzt hat.

² Vgl. verschiedene RCDS-Flugblätter aus dem Sommer- und Wintersemester 2005.

³ Vgl. *Rapp, Inga*: Kölner Uni-Rektorat besetzt. Erst Altglas einsammeln, dann Revolte machen.

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,413730,00.html> [28. April 2006]

⁴ Studiengebühren: Zorn über die Teuro-Uni. Foto 13/15.

<http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-15137-13.html#backToArticle=428689> [19. Juli 2006]

⁵ Vgl. Bewegungsmelder: Demo gegen Studiengebühren eskaliert.

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,425464,00.html> [6. Juli 2006]

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung, 16.1.2007.

⁸ *Bois, Marcel / Wilde, Florian*: „Viele Fragen sind noch heute relevant“ – Ein Interview mit Philipp Kufferath und Jan Schalauske, den Autoren einer neuen Broschüre über den SDS – den Sozia-

listischen Deutschen Studentenbund. In: UTOPIE kreativ, 210 (2008), S. 351 f.

⁹ Vgl. Pressemitteilung des RCDS-Bundesvorstandes: „PDS gründet eigenen ‚Hochschulverband‘ – Name: Die Linke.SDS“, 7.5.2007.

¹⁰ Vgl. Express, 7.6.2005.

¹¹ Vgl. General-Anzeiger und Kölner Stadt-Anzeiger, 8.6.2005.

¹² Die Linke.SDS: Newsletter Nr. 10, 20.9.2007.

¹³ Die Linke.SDS: Newsletter Nr. 11, 5.10.2007.

¹⁴ Vgl. Pressemitteilung des Die Linke.SDS-Bundesvorstandes: „Kritische Wissenschaft in Marburg in Gefahr! Für den Erhalt eines Lehrstuhls in der Tradition Wolfgang Abendroths“, 12.9.2007.

¹⁵ Die Linke.SDS: Venezuela-Delegationsreise. Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Faltblatt, 2008.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Die Linke.SDS: Programmheft zum Kongress „40 Jahre 1968 – Die letzte Schlacht gewinnen wir“, S. 47.

¹⁸ Ebd., S. 48.

¹⁹ Ebd., S. 35.

²⁰ Ebd., S. 3.

²¹ Ebd., S. 5.

²² Vgl. Uni-Spiegel, 6/2005.

²³ Vgl. Uni-Spiegel, 1/2008.

²⁴ Ebd., S. 5.

²⁵ Ebd., S. 9.

²⁶ Vgl. Pressemitteilung des RCDS-Bundesvorstandes: „Kutsch: ‚Terroristensympathisantin als Juso-Chefin ist inakzeptabel!‘“, 29.11.2007.

²⁷ Vgl. Pressemitteilung des RCDS-Bundesvorstandes: „Kutsch: ‚Franziska Drohsel muss zurücktreten!‘“, 1.12.2007.

²⁸ Vgl. Homepage des Juso-Bundesverbandes [http://www.jusos.de/index.php?id=203&tuid=&kategorie=jusos&cHash=\[hash_string\]](http://www.jusos.de/index.php?id=203&tuid=&kategorie=jusos&cHash=[hash_string]) [28. August 2008]

²⁹ Vgl. Pressemitteilung und Start der Plakatkampagne des RCDS-Bundesvorstandes: „Die Ikone Che Guevara ankratzen“, 18.2.2008. Weitere Informationen unter www.rcds.de.

³⁰ Vgl. FAZ, 12.2.2007.